

BERLIN

APO

Nach vorn geträumt

Auf der Spree zwischen dem Charlottenburger Schloß und dem West-Berliner Landgericht patrouillierten Boote der Wasserschutzpolizei. Längs der Uferpromenade, dem „Tegeler Weg“, liefen die Diesel der sechs bereitgestellten Wasserwerfer warm.

Offiziere kontrollierten die Straßensperren, mit Handschellen oder Draht aneinandergeschlossenes „Hamburger Gerät“. Hinter dem Landgericht warteten etwa fünfhundert Polizisten bei Gulaschsuppe (Portion: 20 Pfennig), Coca (30 Pfennig) oder Bockwurst (40 Pfennig) auf den Einsatzbefehl.

Der Gegner kam zehn vor neun. Ein Apo-Stoßtrupp — Kampfanzug: Ölzeug und Plastikhelme — berannte die Polizeibarriere. Das Gros der Angreifer, rund 1000 Straßenkämpfer, gab Feuerschutz mit Pflastersteinen und Farbeiern.

Minuten später fiel die Stahlhürde. Die ersten Polizisten gingen im Steinhagel zu Boden. Die anderen langten nach Gummiknütteln und Tränengaspatronen. Wasserwerfer rückten gegen die Steinwerfer vor. Und in den Schlachtenlärm mischte sich das Feldgeschrei der Invasoren: „Nieder mit der Klassenjustiz! Hände weg von Mahler!“

Rechtsanwalt, SDS-Mitglied und Apo-Mann Horst Mahler, 32, stand um diese Zeit, am Montagmorgen letzter Woche, im Saal 109 des Berliner Landgerichts vor dem Ehrengericht der Berliner Rechtsanwaltskammer. Es hatte auf Antrag des Generalstaatsanwalts beim Berliner Kammergericht zu prüfen, ob der Rechtswahrer der Berliner Linken während der Osterunruhen nach dem Dutschke-Attentat als Apo-Führer An-



Apo-Attacke gegen Wasserwerfer: „Unser Kampf hat eine neue Ebene erreicht“

waltswürde wie Anwaltspflichten „schuldhaft verletzt“ habe und Berufsverbot angezeigt sei.

Jurist Mahler verteidigte sich vor den Standesrichtern gegen die politische Anklage mit politischen Argumenten: „Auch ein Anwalt bleibt Bürger dieses Staates. Ich hätte es nicht ertragen, zu Ostern zu Hause zu bleiben.“

Und Mahler-Verteidiger Dr. Josef Augstein: „Ich folge nicht in allen Punkten der politischen Auffassung meines Mandanten. Aber ob es uns allen paßt oder nicht: Er muß das Recht haben, dort mitzumarschieren.“

Auch das Standesgericht sah sich außerstande, dem Staatsanwalt zu folgen. Es lehnte gegen 12 Uhr mittags eine Entscheidung ab — bis zum Abschluß eines halben Dutzends schwebender Verfahren, die sich unter strafrechtlichem Aspekt gegen den Dauerdemonstranten richten.

Draußen, am Spree-Ufer, geriet eben zu dieser Stunde die Phalanx der

Mahler-Verteidiger ins Wanken. 151 Verletzte blieben auf der Strecke — 130 Beamte und 21 Demonstranten. 48 Apo-Leute mußten zum polizeilichen Erkennungsdienst.

Die übrigen zogen, verheult vom Tränengas und wasserwerfernaß, über die Schloßbrücke zur Technischen Universität zurück. Dort feierten sie die blutigste Straßenschlacht in West-Berlins Nachkriegsgeschichte als „Wendepunkt“. SDS-Führer Christian Semler: „Unser Kampf auf der Straße hat eine neue Ebene der Militanz erreicht.“

In der Tat: So militant wie diesmal waren West-Berlins Asphalt-Kämpfer noch nie. Sie, die früher — und zumeist zu Recht — die Brutalität der Polizei anprangerten und vom „Terror der bürgerlichen Staatsmaschine“ sprachen, predigen nun selber Gewalttätigkeit und sprechen von eigener Terror-Taktik.

Sie forderten — so ein anonymes Flugblatt — „gezielte Terroraktionen (Kidnapping von bestimmten Staatsanwälten etwa)“. Sie warfen die ersten Steine gegen die Polizisten-Kette vor dem Landgericht. Und sie empfanden im nachhinein: „Unser Widerstand gegen die Polizei... befreite uns aus der Lage des dulddenden Opfers.“

Die Apo-Führer beschworen zwar auch diesmal wieder, am Vorabend der Justizschlacht am Tegeler Weg, die Erinnerung an die Osterzeit, als Tausende wütender junger Leute nach dem Dutschke-Attentat zu Springers Hochhaus an der Kochstraße gezogen waren. Und sie gaben die Parole aus: „Machen wir den Tegeler Weg zur Kochstraße.“

Was aber dann am Montag letzter Woche vor dem Landgericht geschah, hatte mit herkömmlichen Apo-Maximen nichts mehr gemein. Noch zu Ostern unterschied die junge Linke von Berlin zwischen „Gewalt gegen Sachen“ und „Gewalt gegen Personen“. Damals zielten die Demonstranten auf Springers Scheiben, diesmal warfen sie auf Polizisten.

Und mit den Zielen wechselten seither Strategie und Taktik, die Mit-



Polizei im Apo-Steinhagel: „Unser Widerstand hat uns befreit“

„WER IST WÜRDIG?“

Apo-Anwalt Mahler vor dem Ehrengericht

Auf Antrag der Staatsanwaltschaft prüfte das Ehrengericht der West-Berliner Anwaltskammer letzte Woche, ob Apo-Anwalt und SDS-Mitglied Horst Mahler, 32, über seinem auch im Straßeneinsatz bekundeten Linksengagement seine Anwaltspflichten „schuldhaft verletzt“ habe. In einer ebenso pathetischen wie polemischen Verteidigungsrede beantwortete Mahler die Frage „Wer ist würdig, den Beruf eines Rechtsanwalts auszuüben?“ mit Hinweisen auf Advokaten, die schon der NS-Justiz dienten und heute als Anwälte in der Bundesrepublik tätig sind — auch dann, wenn sie wegen ihrer Mitwirkung an „rechtswidrigen Todesurteilen“ nicht mehr Richter sein dürfen.

Wer ist würdig, den Beruf eines Rechtsanwalts auszuüben?

Der ist würdig, der in der NSDAP als Funktionär tätig war, zu einer Zeit, als diese Partei Tausende von Kollegen zwang, die Robe mit dem Davidstern zu vertauschen. Der ist würdig, der in den Schauprozessen vor dem Volksgerichtshof gegen die Männer des 20. Juli als Rechtsanwalt und Verteidiger für seinen Mandanten die Todesstrafe beantragte. Der ist würdig, dem die Staatsanwaltschaft wegen der Mitwirkung an rechtswidrigen Todesurteilen der Sondergerichte nahegelegt hat, sein Richteramt zu quittieren. Der ist würdig, der als hoher SS-Offizier erfolgreich die Juden im Warschauer Ghetto liquidiert hat. Der ist würdig, der öffentlich verhetzte Bürger dafür belobigt, daß sie auf offener Straße friedliche Demonstranten, die gegen den Völkermord in Vietnam protestierten, überfallen und mißhandelt haben. Der ist würdig, der als Vorsitzender einer sich „demokratisch“ nennenden Partei auf einer ... Kundgebung die verhetzten Massen zur Lynchjustiz an einer politischen Minderheit aufruft.

Was ist die Würde, die man zur Schau tragen muß, um Rechtsanwalt sein zu können? Diese Würde ist das Pathos der Herrschenden und derjenigen, die sich mit ihnen identifizieren; das Pathos, mit dem die Brutalität und der Zynismus der Unterdrückung so erfolgreich verschleiert wird.

Warum darf sich ein Rechtsanwalt in der Öffentlichkeit nicht so benehmen wie ein Maurer oder wie ein Student? Warum darf er nicht reden wie ein Gewerkschaftsfunktionär oder ein Parteiagitator? Weil er sich der Achtung und des Vertrauens würdig erweisen muß, das ihm die Bürger entgegenbringen? Bringen wir dem Maurer, dem Studenten, dem Bauern, dem Gewerkschaftsfunktionär keine Achtung und kein Vertrauen entgegen? Sind wir schon unter die Räuber gefallen und in schlechte Gesellschaft geraten, wenn wir die Gemeinschaft von Arbeitern und Stu-

denten suchen, wenn wir uns mit ihren Interessen identifizieren? Ist dieses Ansehen und dieses Vertrauen, das uns erhebt über die anderen Schichten des werktätigen Volkes, nicht dessen Illusion und zuweilen verzweifelte Hoffnung, daß wir durch unsere Kumpanei mit den Herrschenden — durch „Fürsprache“ bei den Mächtigen die eine oder andere Vergünstigung für unsere Klienten erreichen können? ... Warum legen wir mit dem Standessymbol der Robe zwischen uns und dem Bürger, der im Straßenzug vor Gericht erscheinen muß, eine soziale Distanz?

Wir tun es, weil unser Ansehen und unser Einfluß in der permanenten Identifizierung mit den Interessen der Herrschenden und ihrer Ordnung — Sie nennen es Rechtsordnung — beschlossen liegt.



Beschuldigter Mahler (M.)
„Unter die Räuber gefallen?“

Unser ständiger Umgang mit den Herrschenden und ihren Dienern — so servil er im einzelnen auch sein mag — verleitet uns zu dem Dünkel, daß wir ihnen gleich seien.

Dieses Ansehen, diese Würde verletzt derjenige, der die Loyalität gegenüber den Herrschenden eintauscht gegen die Solidarität mit den Unterdrückten; der sich nicht mit der Ordnung identifiziert, die die Herrschaft der wenigen über die vielen reproduziert. Danach ist unwürdig der, der gegen die Unfreiheit kämpft, die heute im Bewußtsein der Menschen produziert wird — weil es der Kampf der Unterdrückten gegen ihre Unterdrücker ist. Da man sich, um würdig zu sein, mit seinen Unterdrückern identifizieren muß, mir aber diese Identifizierung nicht gelingen will — was kann ich, was soll ich zu meiner Verteidigung vorbringen?“

güedschaft und sogar die Theorie der Apo. Alles, was Berlins Protestbewegung aus ihrer Gründerzeit blieb, ist der Name, den Rudi Dutschke ihr gab: „Außerparlamentarische Opposition“. Doch selbst dieser Begriff ist heute umstritten. SDS-Mann Tilman Fichter: „Die Apo? Die Apo hat es nie gegeben.“

Es gab sie doch, wenngleich nie als festgefügte Organisation. Sie war, von Anfang an, eine mehr oder minder lose Aktionsgemeinschaft der oppositionellen Studenten- und Jugendverbände, vornan der SDS, mit linken Sozialdemokraten und zeitweilig sogar Kommunisten. Sie alle verband, wenn auch aus unterschiedlichen Motiven, ein gemeinsames Ziel: die sozialistische Koalition der Gegner des versteinerten, reformfeindlichen Parteienstaates.

Und um diese Außerparlamentarische Opposition zu formieren, um das meist nur moralische Unbehagen der Mitbürger am Establishment in politische Aktion umzuwandeln, trugen sie ihre Kritik immer dann auf die Straßen, wenn sie auf Resonanz hoffen konnten:

- ▷ Als sich in Parteien wie Gewerkschaften Mißmut am Bonner Kartell ausbreitete, rief die Apo: „Lieber tot, als schwarz und rot!“ und demonstrierte im Spätherbst 1966 gegen die Große Koalition.
- ▷ Als allenthalben der Zweifel am Asien-Engagement der USA wuchs, rief die Apo: „Johnson — Mörder!“ und marschierte 1967 zu Ostern und im Oktober wie 1968 im Februar gegen den amerikanischen Krieg in Vietnam.
- ▷ Als der Bundestag Springers Pressekonzentration untersuchen ließ, rief die Apo: „BZ ins Klosett!“ und klagte, im Frühjahr 1968, auf Massenmeetings den Zeitungsherren der Manipulation an, warf Springerseheiben ein und zündete, zu Ostern, Springerautos an.

Am 1. Mai dieses Jahres schließlich schien es, als hätte sich die Berliner Apo von der „kleinen radikalen Minderheit“ (Senats-Vokabel) zur Massenbewegung gemausert. Durch West-Berlins Arbeiterbezirke Neukölln und Kreuzberg zogen unter roten Fahnen an die 30 000 Studenten, Schüler, Jungarbeiter und alte SED-Genossen.

Voll von revolutionärem Optimismus gingen junge Apo-Leute daran, die „Rebellion vom Campus in die Stadt zu tragen“ (Rudi Dutschke). Sie gründeten in fast allen Bezirken „Basisgruppen“, eröffneten Aufklärungslokale und schufen sich eine eigene Agitprop-Zentrale — das „Institut für Gegenöffentlichkeit“, kurz „Göfi“ genannt.

Die Genossen träumten, mit Lenin, „nach vorn“ — doch zu weit. Ihre Demonstrationen gegen die Notstandsgesetze, im Frühsommer, stießen ins Leere. Noch vom Mai-Erlebnis her in Euphorie und vom Widerstand der Gewerkschaften wie einiger Intellektueller animiert, überschätzten sie ihre Kraft. Die Apo rief zur Revolution.

Ihre Slogans aber wollte niemand hören. Ende Mai sammelten sich im

Erfolgsgewohnte
Männer
pflegen sich
mit

arden
for men

der großen
Herren-
Kosmetik-Marke
von
internationalem
Rang



AFTER SHAVE LOTION,
PRE ELECTRIC SHAVE
EAU DE COLOGNE,
IN DEN DUFTNOTEN
SANDALWOOD, SPECIALE
TRADITION
DAZU DIE KOMPLETTE
ARDEN FOR MEN -
GESICHTSPFLEGE-SERIE

einstmals roten Wedding 2000 Demonstranten und zogen zwei Stunden lang mit der Parole „Arbeiterrat statt Notstandsrat“ durch Berlins nördliches Industrieviertel. Kein einziger Arbeiter schloß sich ihnen an, und aus den Fabrikfenstern flogen Glühbirnen und Wasserbeutel auf die Kolonne.

Katzenjammer überkam die Kämpfer. Sie zogen sich aus der Stadt auf den Campus zurück — in ihre „Schonräume“ (so der einstige Apo-Führer Knut Nevermann). Die Basisgruppen zerbröckelten, die Aufklärungslokale machten dicht. Das „Göfi“ ging in Konkurs. Und mit der „reformistischen SED“ (SDS-Anklage), dem zeitweiligen Bündnispartner, fingen die Apo-Sozialisten ideologischen Streit an. Der SDS verlangte von den Alt-Kommunisten den Nachweis, daß ihre Partei „überhaupt revolutionär ist“.



Verletzter Polizist in Berlin: Lehrstück aufgeführt

Nun, in der Flaute erst, bekam West-Berlins Apo den Verlust zu spüren, der sie zu Ostern betroffen hatte: Das Attentat auf Dutschke beraubte die Außerparlamentarische Opposition des Mannes, der sie so beredt wie keiner sonst auf Gemeinschaftskurs zu halten vermochte.

Andere Apo-Führer zogen sich in Studierstuben oder nach Amerika zurück. Die Uni-Assistenten Dr. Klaus Meschkat und Dr. Ekkehart Krippendorff übernahmen Lehraufträge in New York. Knut Nevermann kümmert sich wieder um die Jurisprudenz, und SDS-Ideologe Wolfgang Lefèvre meldet sich öffentlich nicht zu Wort.

Auch Carl Luitpold Guggomos, „Charly“ genannt, Chef der Apo-Postille „Extra-Dienst“, retrierte. Er verlegte sein Büro aus dem auch äußerlich glanzlos gewordenen Republikanischen Club in der Wielandstraße in ein neues Domizil. Dort, in der Pfalzburger Straße, betreibt er nun gemeinsam mit Freunden und neben-

beruflich in dem ehemaligen Beat-Lokal „Kilroy“ das Etablissement „Drehscheibe“: ein Kombinat aus Kellerbühne, Druckerei, Kneipe und der Ost-Boutique „Papyrossy“, in der Raritäten aus dem politischen Orient feilgehalten werden. Guggomos: „Wir sind umgezogen, weil im Club nur noch tendenzieller Anarchismus Gehör findet.“

Was Guggomos abfällig tendenziellen Anarchismus nennt, feiert der SDS unterdessen lauthals als „antiautoritäre Position“. Sie ist, wie der Frankfurter SDS-Kongreß im September erwies, so antiautoritär, daß die Genossen sich gegenseitig blockieren und zu keiner Verbands-verbündlichen Konzeption mehr finden.

In dieser Konfusion beherrschen SDS-Leute wie Christian Semler, 29, die Szene, der unlängst vorschlug, zu Ehren des 50. Jahrestags der deutschen

Beinahe-Revolution von 1918 ein paar Kaufhäuser auszuräumen und die Waren unter die Bürger zu verteilen. Semler: „Die ökonomische Entwicklung ist heute an einem Punkt angelangt, wo die Waren umsonst verteilt werden können. Das werden wir demonstrieren. Das ist Propaganda der Tat.“

Der examinierte, stoppelbärtige Jurist ohne Beruf hält sich selber für „anarcho-kommunistisch eingefärbt“. Der Wortführer der politischen Tagträumer von Berlin predigt den Resten der Apo „Militanz gegen den militanten Staatsapparat“ und nennt „die alte Unterscheidung zwischen ‚Gewalt gegen Sachen‘ und ‚Gewalt gegen Personen‘ überholt“.

Dem Christian Semler gilt der „lange Marsch durch die Institutionen“ (Rudi Dutschke) als schierer Revisionismus. Er will „Lehrstücke“ aufführen und hält Straßenschlachten für starke Szenen.

Die Bataille vor dem West-Berliner Landgericht am Montag letzter Woche

war darum durchaus nach seinem und seiner Genossen Geschmack. Semler, von der Front zurück: „Unsere Militanz soll den Justizapparat als Bestandteil des imperialistischen Staatsapparates ausweisen und deutlich machen, daß dieser Apparat nur militant bekämpft werden kann.“

Anhängern und Sympathisanten der alten Apo aber ist die Radikalkur der Radikalen zu radikal. Die Humanistische Studentenunion beispielsweise zitierte Marx, der „vor dem Spiel mit der Revolution“ gewarnt habe. Und Bischof Scharf, bislang Fürsprecher der geprügellen Studenten, ließ erklären: „Selbstjustiz, von welcher Seite auch immer, muß ausgeschlossen bleiben.“

Die anarchistischen Steinwerfer von Berlin treiben die ohnedies geschwächte Apo immer weiter in die Isolierung. Zur Zeit wird der Außerparlamentarischen Opposition Hilfe nur zuteil von deutschen Richtern, die eine von Frauenhand verabreichte Ohrfeige mit einem Jahr Gefängnis ahnden.

APO

WAHLBÜNDNIS

Der Appendix

Da sind Sozialisten, Kommunisten, Christen“, sprach vor acht Jahren Kommunisten-Führer Max Reimann. „Sie alle gilt es zu sammeln und in eine Front zusammenzuführen.“

Kaum wieder auf politischer Bühne, erneuerten westdeutsche Kommunisten ihren Volksfront-Appell. „Das gemeinsame Auftreten aller demokratischen und sozialistischen Kräfte“, erklärte die neue Deutsche Kommunistische Partei (DKP), sei nunmehr „eine zwingende Notwendigkeit“.

Seit Sonnabend vorletzter Woche ist der von der KP geforderte Pakt ein Fakt: In der Westfalenhalle zu Dortmund gründeten über zweitausend Gewerkschafter und Friedensfreunde, Sozialisten und Kommunisten ein „Aktions- und Wahlbündnis für die Bundestagswahl 1969“, das — wie die SPD zu erklären sich beeilte — „eindeutig unter deutsch-kommunistischen Vorzeichen“ steht.

Die Koalition, die von Rednern als „einmalig in der deutschen Nachkriegsgeschichte“ gefeiert wurde, stellt freilich nichts anderes dar als einen neuen Versuch, mit der „klassischen kommunistischen Bündnispolitik“ („Frankfurter Allgemeine“) die Schwächen der KP zu tarnen.

Denn wo und wann immer die westdeutschen Kommunisten es nach dem Kriege unternommen hatten, im Verein mit ganz oder partiell Gleichgesinnten Politik zu machen, scheiterten sie — teils am eigenen Unvermögen, teils an der Schwäche der Partner, teils an der Staatsgewalt.

▷ 1951 mißlangten Pläne von KPD und SED, westdeutsche Remilitarisie-

rungsgegner in „Ausschüssen für Volksbefragung“ zu organisieren; die KP-Hintermänner wurden wegen Staatsgefährdung vor Gericht gestellt und verurteilt.

▷ 1953 sammelten sich Nichtkommunisten — wie der Ex-Reichskanzler Wirth — und Kommunisten im Bund der Deutschen (BdD); bei den Bundestagswahlen 1957 blieb der BdD mit 0,2 Prozent der Stimmen bedeutungslos.

▷ 1960 entstand mit der Deutschen Friedens-Union (DFU) eine weitere „Volksfront en miniature“ („Die Zeit“); bei den Bundestagswahlen 1965 scheiterte die DFU mit 1,9 Stimmen-Prozenten.

Die bedeutendsten Partner des neuen Paktes von 1968 zählte letzte Woche das Ost-Berliner „Neue Deutschland“ auf — in der Reihenfolge ihrer Wichtigkeit: „DKP, DFU, Bund der Deutschen ...“

schaft der KP unbehaglich zumute ist, war der Beitritt zum Bund dadurch erleichtert worden, daß sich KPD und DKP vor und während des Kongresses „sehr, sehr zurückhaltend“ („Süddeutsche Zeitung“) gaben:

Für die Teilnahme an der Düsseldorfer Konferenz warben weniger die KP-Verbände als vielmehr — mit ihrer Hilfe gegründete — „Arbeiterausschüsse“ und „Arbeiterkomitees“. Und in der Westfalenhalle saß DKP-Chefsprecher Kurt Bachmann, kaum sichtbar, an einem Präsidiumstisch im Hintergrund der Bühne und sagte öffentlich kein einziges Wort.

Deutlicher als im Zweitausender-Plenum wurde der kommunistische Einfluß nach dem Kongreß im Hallen-Keller: In einem „Schwemme“ genannten Souterrain-Raum konstituierte sich ein 161köpfiger „Rat“, der — fast ohne Gegenstimmen, Enthaltungen und Diskussionen en bloc bestätigt, nicht gewählt — ebenfalls en bloc und



Wahlbündnis-Redner Hofmann: Kader im Keller

Und in der Tat fungiert die Dortmunder Mini-Volksfront zuvörderst als Sammelbewegung für die Mitglieder gescheiterter Sammelbewegungen am Rande der Apo. Die Apo-Kerntruppe, die linken Studentenbünde, hatten sich geweigert, offizielle Delegationen nach Dortmund zu entsenden.

So fand sich unter den Partnern niemand, der die kommunistischen Genossen etwa wegen ihrer Zustimmung zum Sowjet-Überfall auf die CSSR lautstark zu tadeln wagte — auch die aus der SPD verdrängten Linksmarxisten um den Marburger Professor Abendroth, die jahrelang eine nichtkommunistische Linkspartei gründen wollten, mochten das nicht.

Linken und liberalen Nichtkommunisten, die zwar eine Alternative zu den Bonner Parteien für notwendig halten, denen aber in der Nachbar-

fast ohne Gegenstimmen, Enthaltungen und Diskussionen einen 21köpfigen „Ausschuß“ nicht wählte, sondern bestätigte.

In diesem „Ausschuß“, der eigentlichen Kommandozentrale des Bündnisses, haben bewährte Kader der KP und die mit ihnen in den alten Volksfront-Verbänden DFU und BdD verbundenen Funktionäre die absolute Mehrheit — darunter

▷ Helmut Bausch, 47, Absolvent der SED-Parteihochschule „Karl Marx“, einst Experte für Massenorganisationen im Parteivorstand der KPD, später Mitglied der die DFU dirigierenden „Bundeswahlkampfleitung“ der Partei, sowie

▷ Dr. Hans Brender, 56, KP-Mann seit 1945, Mitglied des Präsidiums des Bundes der Deutschen und der Wahlkampfleitung der DFU, nun